

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 151 (2000)

Heft: 1

Artikel: Cost- und Monitoring-Projekt : zwei neue forstliche Meinungsumfragen im Vergleich

Autor: Wild-Eck, Stephan / Zimmermann, Willi

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098331>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Cost- und Monitoring-Projekt: Zwei neue forstliche Meinungsumfragen im Vergleich¹

STEPHAN WILD-ECK und WILLI ZIMMERMANN

Keywords: Forest policy; surveys; public attitude towards forest. FDK 907 : UDK 303.6

1. Einleitung

Die Professur Forstpolitik und Forstökonomie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) hat im Verlaufe der vergangenen vier Jahre gleich zwei umfangreiche empirische Forschungsprojekte durchgeführt, innerhalb derer eine grössere Zahl von Personen befragt wurde.² Das zuerst in Angriff genommene Projekt trägt den Titel «Wissen, Einstellungen sowie Zukunftsperspektiven der Bevölkerung im Berggebiet zum Wald, zur Forstwirtschaft und zur Forstpolitik» und wird im Folgenden kurz Cost-Projekt³ genannt. Das zweite, noch nicht ganz abgeschlossene Projekt heisst «Erkennen der gesellschaftlichen Ansprüche an den Schweizer Wald im Wandel der Zeit» und wird in den folgenden Beiträgen jeweils mit Monitoring-Projekt bezeichnet. Die institutionelle Einbettung und die verschiedenen Träger der beiden Projekte werden im zweiten Teil von Willi Zimmermann eingehender beschrieben. Im Folgenden werden zunächst die methodischen Aspekte der beiden Projekte von Stephan Wild-Eck beschrieben und miteinander verglichen.

2. Methodische Fragen und Vorgehensschritte

Obwohl es sich bei den beiden Studien um breit angelegte Umfragen handelt, unterscheiden sie sich bezüglich methodischem Vorgehen grundlegend. Die beiden Vorgehensweisen eignen sich ausgezeichnet, um gleich mehrere zentrale methodische Punkte vergleichend zu analysieren. Ebenso lässt sich gut aufzeigen, dass es in erster Linie die infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind, die die Möglichkeiten bezüglich des Datenerhebungsverfahrens abstecken. Unter dem Begriff infrastrukturelle Rahmenbedingungen werden dabei die zur Verfügung stehenden Finanzen, die personellen Ressourcen sowie die offenstehende Zeit subsumiert.

Nicht eingegangen werden kann im Rahmen dieser Diskussion auf die Bedeutung von Fragestellung, Kenntnisstand im Untersuchungsgebiet sowie des genauen Forschungszieles bei der Auswahl eines geeigneten methodischen Vorgehens. Aus demselben Grund wird auch nichts zur Frage betreffend sinnverstehend-rekonstruktiver (qualitativer) und positiv-nomologischer (quantitativer) Sozialforschung gesagt (vgl. dazu etwa GUTSCHER *et al.*, 1996, 43; WILD-ECK, 1999, 4ff.).

¹ Nach Referaten, gehalten am 14. Dezember 1998 im Rahmen der Montagskolloquien der Abteilung für Forstwissenschaften der ETH Zürich.

² Zum Sinn von Umfragen in forstlichem oder forstpolitischem Kontext kann auf den Aufsatz von WILD-ECK und GASSER (1998) verwiesen werden.

³ Cost: «Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique». Cost ist ein europäisches Forschungsforum, an dem sich zur Zeit 25 Staaten beteiligen.

2.1 Eckdaten der zwei berücksichtigten Untersuchungen

Die beiden Studien, die das inhaltliche Fundament dieses Aufsatzes bilden, sind beide positiv-nomologischer Art, weshalb auch nur Gedanken angestellt werden, die sich auf Aspekte dieses Methodenstroms beziehen. Diese Beschränkung darf keinesfalls als prinzipielle Favorisierung dieser Methodenrichtung missverstanden werden. Die Tatsache, dass mittels beider in den Vergleich einflussenden Untersuchungen allgemeine Verteilungen von Ansichten und Einstellungen bzw. Verhaltensweisen in grösseren Populationen aufgedeckt werden sollten, begründet die erwähnte positiv-nomologische Orientierung.

Aus *Tabelle 1* sind diejenigen Eckdaten ersichtlich, die im Rahmen dieser Methodendiskussion von zentraler Bedeutung erscheinen.

2.2 Ressourcen und Repräsentativität

Erster elementarer Ausgangspunkt bilden die Ressourcen, die für das Forschungsprojekt zur Verfügung stehen. Und zwar Ressourcen in Form von Personal und Know-how, Infrastruktur (Büros, EDV usw.), Zeit und Geld. Mit Geld können zwar bei den anderen Ressourcendimensionen Verbesserungen erreicht werden, doch bleiben die Infrastruktur, die Zeit und die Ressource Mensch eigenständige Dimensionen. Umgekehrt kann durch verstärkten Einsatz der Ressource Mensch bis zu einem gewissen Masse Geld und Zeit eingespart werden.

Für den Vergleich der beiden erwähnten Studien sind es vor allem die Finanzen, die für die eigentliche Datenerhebung zur Verfügung standen, die prästrukturierende Wirkung auf das methodische Vorgehen besaßen. Während innerhalb des Cost-Projektes für diesen Untersuchungsteil rund 20 000 Franken budgetiert werden konnten, waren es innerhalb des Monitoring-Projektes rund 200 000 Franken.

Ein bedeutendes Ziel jeder quantitativ angelegten Befragung liegt in der möglichst guten Abdeckung der angestrebten Grundgesamtheit (Population) durch die gewonnene Stichprobe. Zur Erreichung dieses Zieles ist zuerst grundsätzlich eine ausreichende Stichprobengrösse von Relevanz. Mit Ausnahme von Erhebungen bei sehr kleinen Grundgesamtheiten, in denen die gesamte oder ein sehr grosser Anteil der Population berücksichtigt wird, ist eine minimale Stichprobengrösse von rund 500 unabdingbar. Bei einer solchen Stichprobengrösse und einer qualitativ einwandfreien Stichprobe liegt der statistische Messfehler (5%-Irrtumswahrscheinlichkeit) bei maximal $\pm 5\%$ (vgl. FRANZEN *et al.*, 1998, 9). Bei kleineren Stichproben können kaum noch Teilstichproben gebildet und analysiert werden.

Der Begriff Repräsentativität, der als Qualitätsmerkmal der Stichprobe im Vergleich zur angestrebten Grundgesamtheit dient, wird von Laien oder von der Öffentlichkeit oftmals zu einem Qualitätsmass für eine gesamte Untersuchung hochstilisiert bzw. missverstanden. Auch wenn eine Studie re-

präsentativ angelegt ist und der verwendete Datensatz als repräsentativ für die anvisierte Population bezeichnet wird, kann es sich um eine schlechte Studie handeln. Mit dem Repräsentativitätsausdruck wird nichts über die inhaltliche oder theoretische Qualität einer empirischen Untersuchung ausgesagt.

Die Repräsentativität einer Stichprobe wird stets bezüglich mehrerer soziodemographischer Charakteristiken überprüft. Dabei handelt es sich beispielsweise um Geschlecht, Bildungsgrad, Alter, Zivilstand und Einkommen. Meist genügt eine Überprüfung solcher soziodemographischer Merkmale. Je nach inhaltlichem Fokussieren müsste dieser allgemeine Kanon an Merkmalen um inhaltliche Merkmale erweitert werden.⁴ Diese Anmerkung gilt insbesondere dann, wenn die Ausschöpfungsquote einer Stichprobe nicht vollauf befriedigt.

2.3 Stichprobenziehung

Bei Umfrageforschungen stellt sich noch vor der eigentlichen Datenerhebung die grundsätzliche Frage, wie möglichst ziel führend eine Stichprobe aus der angestrebten Grundgesamtheit gezogen werden kann. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine einfache und schon gar nicht um eine unbedeutende Angelegenheit. Bereits durch das Verfahren zur Stichprobenziehung wird vorbestimmt, welche Charakteristiken die Stichprobe aufweisen wird. Die beiden effektiv von der Professur Forstpolitik und Forstökonomie durchgeführten Umfragen können als Illustration dieses Tatbestandes dienen.

Beim Cost-Forschungsprojekt wurde angestrebt, möglichst adäquat eine Stichprobe für die stimmberechtigte Wohnbevölkerung des Schweizer Berggebietes zu ziehen. Gleichzeitig stellte sich das Problem, dass diese Personen schriftlich erreicht werden müssen und dass regionale Charakteristiken gezielt herausgearbeitet werden sollten. Zwei Alternativen standen zur Diskussion: eine zufällige Auswahl von 2000 Haushalten aus dem gesamten Untersuchungsgebiet oder eine gezielte und inhaltlich begründete Selektion von Kantonen, mit anschliessender Zufallsauswahl einer bestimmten Zahl von Gemeinden je Kanton und einer vorgegebenen Zahl von Stimmberechtigten je Gemeinde aus dem Stimmrechtsregister.

Die Entscheidung fiel aus mehreren Gründen auf das zweite, komplexere Auswahlverfahren. Für diese gewichtete Zufallsauswahl sprach die gezielte Auswahl der anzusprechenden Personen. Diejenigen Personen, die den Fragebogen ausfüllen müssen, können persönlich angeschrieben werden, was bei einer Haushaltsauswahl nicht möglich wäre. Ebenso konnte mittels der gezielten Kantonsauswahl sichergestellt werden, dass möglichst alle Regionen des Untersuchungsgebiets in angemessener Stichprobengrösse vertreten sind (*Abbildung 1*).

Eine dermassen gewonnene Stichprobe kann nur unter der Annahme, dass die zufällig innerhalb der vorbestimmten Kan-

tone ausgewählten Gemeinden einen repräsentativen Querschnitt durch das gesamte Untersuchungsgebiet abgeben, als repräsentativ angesehen werden. Ebenso stellt sich die Frage, ob eine Stichprobe, in die unabhängig von der Gemeindegrösse 60 Stimmberechtigte je Gemeinde einfließen, nicht die kleineren Gemeinden übergewichtet.

Im Vergleich dazu stellte sich bei der zweiten durchgeführten Umfrage (Monitoring) die Frage nach dem Stichprobenauswahlverfahren weniger akut. Denn aufgrund des elektronischen Telefonbuches konnte unschwer eine zufällige Auswahl aus den Telefonanschlüssen in der Schweiz vorgenommen werden. Die angestrebte Grundgesamtheit war diesmal die Schweizer Wohnbevölkerung über 18 Jahre. Mit der Auswahl der Telefonanschlüsse ist jedoch erst die halbe Arbeit getan. Ebenso muss innerhalb der ausgewählten Haushalte eine Auswahl der Personen vorgenommen werden, die der Gesamtpopulation des Untersuchungsgebietes entspricht. Würde einfach diejenige Person für das Interview berücksichtigt, die gerade als erste den Telefonhörer in die Hand nimmt, so wären Personen, die zuhause besonders leicht zu erreichen sind, bevorteilt und damit schliesslich in der Stichprobe überrepräsentiert. Mittels der sogenannten Geburtstagsmethode lässt sich diese Schwierigkeit lösen: das Interview soll mit derjenigen Person im Haushalt (über 18 Jahren) durchgeführt werden, deren Geburtstag am wenigsten weit zurück liegt (*Abbildung 2*).

Weiter ist zu bedenken, dass Personen in grösseren Haushalten eine geringere Chance haben, in die Stichprobe einzufliessen, als Personen aus kleinen Haushalten. Wohnen in einem Haushalt vier Personen, so ist für jede der betreffenden Personen die Wahrscheinlichkeit nur ein Viertel einer alleine wohnenden Person. Diese Verzerrung kann mittels einer nachträglichen Gewichtung ausgeglichen werden (vgl. FRANZEN *et al.*, 1998, 7f.).

Die Darlegungen zum Stichprobenauswahlverfahren sollten deutlich gemacht haben, dass es sich dabei um bedeutende Fragen handelt und dass entsprechende Reflexionen ein Muss darstellen. Ebenso sollte klar geworden sein, dass es nicht ein richtiges, sondern höchstens adäquate oder weniger adäquate Stichprobenziehungsverfahren gibt. Weiter sollte klar geworden sein, dass das Ziehungsverfahren stets von der Art des benützten Mediums (Telefon, Post, persönlicher Kontakt) abhängt.

2.4 Telefonische oder schriftliche Befragung – Möglichkeiten und Grenzen?

Die Auswahl an Datenerhebungsverfahren wird durch ein beschränktes Budget limitiert (vgl. WILD-ECK, 1999, 11ff.). Das heute in der (kommerziellen) Meinungs- und Marktforschung dominierende Verfahren, die telefonische Befragung, kann jedoch nur bei reichlich vorhandenen Mitteln verwendet werden.

Beim telefonischen Interview kann die für Laien erstaunlich gering erscheinende Verweigerungsrate von vielleicht 20% als Pluspunkt vermerkt werden.⁵ Ebenso positiv ins Gewicht fällt die Tatsache, dass die Interviewsituation besser kontrolliert werden kann als beim postalischen Interview. Die befragte Person ist gezwungen, alleine am Telefon Auskunft zu erteilen und ein Hilfsmiteleinsetz wird verunmöglicht. Diese Vorteile müssen jedoch im wahrsten Sinne des Wortes teuer

⁴ Bei einer Umfrage, die den Wald betrifft, wäre ein solches, inhaltlich möglicherweise relevantes Merkmal der Status der befragten Person bezüglich Waldbesitz. Theoretisch könnte vermutet werden, dass Waldbesitzende in der Stichprobe übervertreten sind, und zwar auch dann, wenn insgesamt relativ wenige Personen die Teilnahme an der Befragung abgelehnt haben. Da die Vermutung nahe liegt, dass Waldbesitzende (gewisse) Fragen zum Wald anders beantworten als Personen, die keinen Wald besitzen, kommt diesem Aspekt bezüglich der Repräsentativität der Stichprobe Relevanz zu. Neben soziodemographischen Merkmalen müsste so zusätzlich das Kriterium des Waldbesitzstatus in die Repräsentativitätserwägungen einbezogen werden, um wirklich alle plausiblen Verzerrungen erkennen zu können.

⁵ Diese geringe Verweigerungsrate gilt jedoch nur dann, wenn eine glaubwürdige Forschungsinstitution (besser Universität als privates Meinungsforschungsbüro) hinter der Forschung steht und wenn die telefonische Kontaktaufnahme vorgängig mit einem Schreiben angekündigt wird.

Tabelle 1: Eckdaten zu den zwei durchgeführten Umfragestudien.

Aspekt	Cost	Monitoring
Finanzen für Datenerhebung	weniger als 20 000 Franken	rund 200 000 Franken
Erhebungsverfahren	schriftlich, postalisch	telefonisch
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte im Schweizer Berggebiet (deutsch- und französischsprachig)	Schweizer Wohnbevölkerung ab 18 Jahren (deutsch-, französisch- und italienischsprachig)
Stichprobe	jeweils 6 Gemeinden in 6 Kantonen, pro Gemeinde 60 Stimmberechtigte plus 2 lokalpolitisch Verantwortliche	Zufallsauswahl aus Telefonverzeichnis und innerhalb der Haushalte
Ausschöpfung	29% (60%)	68%
Stichprobengrösse	613 (43)	2018
Fehlermarge Ergebnisse	nicht bestimmbar	bei n=2000 ca. ±2%
Vorteile im Vergleich	geringe Kosten; komplexere, differenziertere Fragen möglich	«Repräsentativität»; Fehlermargen berechenbar; Erhebungssituation kontrolliert
Interpretation Ergebnisse	genereller Überblick	genaues Bild

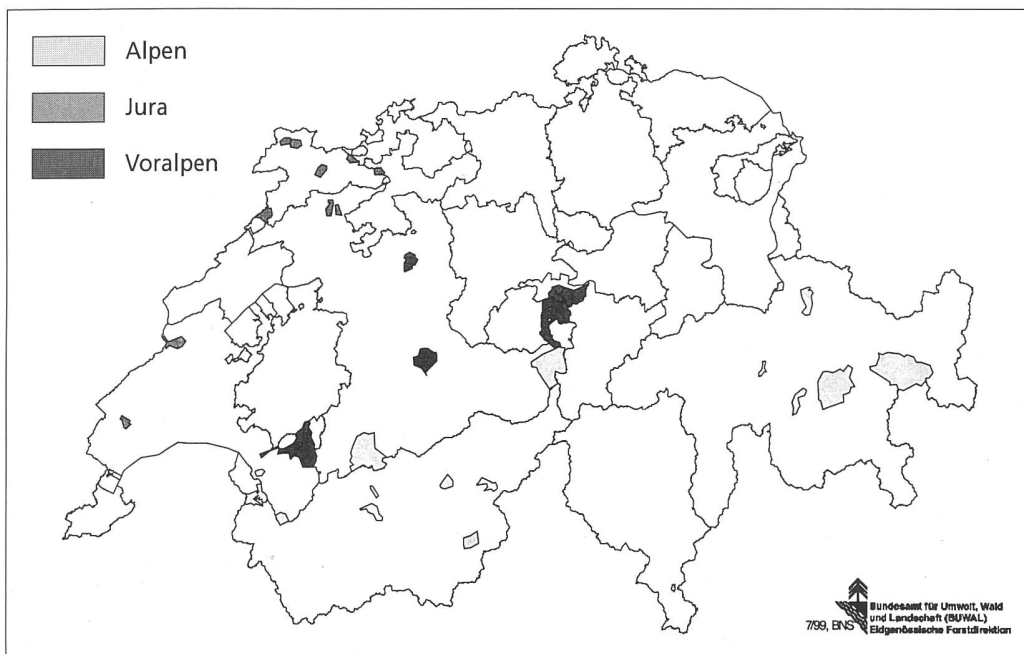


Abbildung 1: Stichprobe Cost E3.

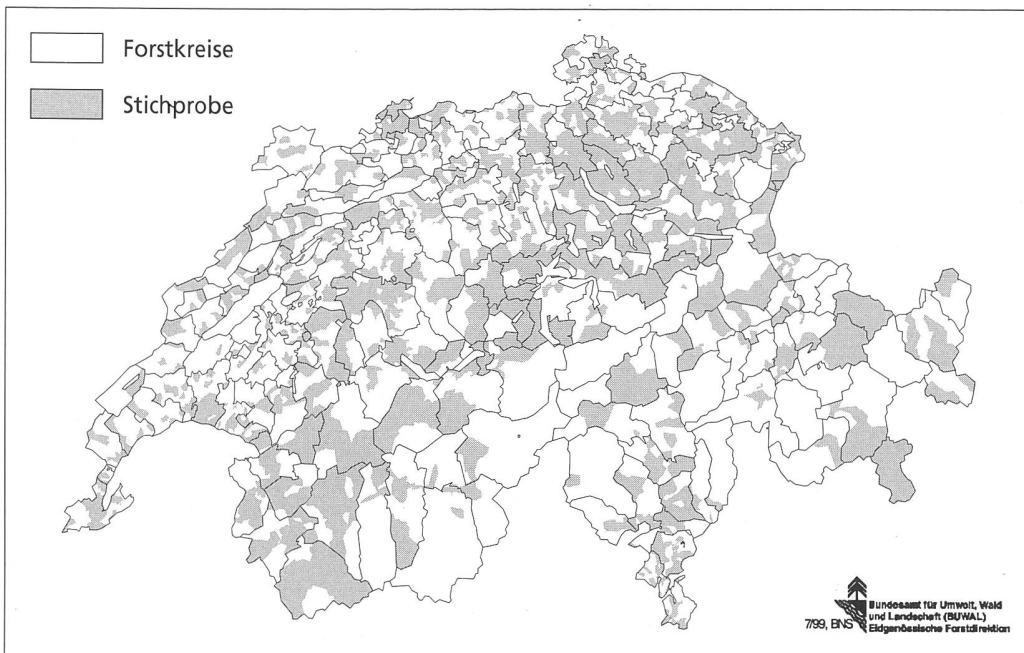


Abbildung 2: Stichprobe Monitoring.

erkauft werden: die Kosten für telefonische Interviews liegen höher als für postalische Befragungen. Für die Durchführung einer Telefonumfrage sind die Forschenden auf ein Telefonlabor mit eingerichteten Befragungsplätzen und installierter Befragungssoftware (beispielsweise CATI) angewiesen; zusätzlich wird Interviewerpersonal benötigt, das zuerst noch eingeführt und geschult werden muss, und schliesslich fallen für jedes Interview die Kosten der Telefonverbindung an. Negativ zu bewerten ist bei Telefonbefragungen im Weiteren die Tatsache, dass nur relativ einfache Fragen gestellt werden können und komplexere Fragestellungen aufgrund der Befragungssituation am Telefon ausgeschlossen bleiben müssen (vgl. WILD-ECK, 1999, 17).

Aus den *Tabellen 2* und *3* wird am Beispiel der Monitoring-Umfrage ersichtlich, wie sich bei seriös durchgeführten Telefonbefragungen die effektiv erhaltene Stichprobe zur anvisierten Stichprobe verhält, wo also beispielsweise die grössten Ausfälle zu verzeichnen sind. Besonders überraschend mag für Laien die Tatsache sein, dass viele Menschen zwar über telefonische Befragungen schimpfen, sich aber trotzdem nur ein kleiner Teil (rund 20%) weigert, an einer wissenschaftlichen Zwecken dienenden Befragung teilzunehmen.

Tabelle 2: Stichprobe und Ausschöpfung «Gesellschaftliche Ansprüche an den Wald im Wandel der Zeit» (nach Franzen et al., 1998, 6).

	N	%
Bruttostichprobe	3700	100,0
stichprobenneutrale Ausfälle:		
falsche Telefonnummer/Anschluss nicht erreichbar	166	
Geschäftsadresse	126	
Verständigungsprobleme/Fremdsprache	334	
Kontaktperson verzogen	20	
Kontaktperson längerfristig abwesend	87	
stichprobenneutrale Ausfälle insgesamt	733	19,8
Nettostichprobe	2967	

Tabelle 3: Stichprobe und Ausschöpfung «Gesellschaftliche Ansprüche an den Wald im Wandel der Zeit» (nach Franzen et al., 1998, 6).

	N	%
Nettostichprobe	2967	100,0
systematische Ausfälle:		
keine Antwort/Anschluss nicht erreicht	194	
Anschluss besetzt	1	
Anrufbeantworter	51	
noch offene Termine	56	
Ablehnung nach erstem Kontakt	143	
Ablehnung durch Haushaltsmitglied (erster Kontakt)	27	
Ablehnung nach zweitem Kontaktversuch	445	
frühzeitiger Abbruch des Interviews	13	
andere Ausfälle	19	
systematische Ausfälle insgesamt:	949	32,0
durchgeführte Interviews	2018	68,0

Die postalische Form der Befragung ist in der quantitativen Sozialforschung aus der Mode gekommen. Bis vor rund 30 Jahren war sie die gängigste Form für Umfragen. In vielen Ländern bildet auch heute noch das schriftlich-postalische oder gar das persönliche Interview das übliche Umfragemittel. Dies deshalb, weil nur dort, wo die Telefondichte annähernd 100% beträgt, auch wirklich alle Menschen durchs Telefon erreicht werden können.

Bei Aufträgen an kommerzielle Meinungsforschungsinstitute spielt der Faktor Zeit in aller Regel eine dominante Rolle. Heute wird eine Studie in Auftrag gegeben, gestern

sollen die Ergebnisse abrufbar sein. Ebenso wird die Repräsentativität mehr und mehr zum Verkaufsdogma. Den Abnehmenden der Daten ist die Repräsentativität wichtiger als deren Validität. Mit anderen Worten: wenn bei einer Studie das Wort «Repräsentativität» vermerkt ist, so wird deren inhaltliche Qualität kaum mehr kritisch hinterfragt. Ganz nach dem Motto: was repräsentativ ist, kann gar nicht schlecht sein!

Welch ein Irrtum und welch fatale Tendenz! Einerseits werden Befunde von Laien oder von den Medien völlig unkritisch rezipiert, wenn sie auf einer Stichprobe beruhen, deren Repräsentativität nicht in Zweifel gezogen werden muss. Andererseits werden Studien, die für sich nicht reklamieren, repräsentativ zu sein, inhaltlich jedoch weit interessanter und für die gestellten Fragen durchaus adäquat sind und methodisch sauber daherkommen, mit überkritischen Augen betrachtet.

Um bei grossen Grundgesamtheiten wirklich annähernd repräsentative Stichproben zu erhalten, bleibt im Prinzip nur ein Datenerhebungsverfahren, das telefonische Interview. Soll jedoch mit beschränkten Mitteln empirische Forschung betrieben werden, so können gar keine telefonischen Befragungen durchgeführt werden. In solchen Fällen bleibt die postalische Befragung eine echte Alternative, die sich nicht hinter der Telefonbefragung zu verstecken braucht. Beiden Datenerhebungsverfahren sind bestimmte Stärken und andere Schwachstellen eigen, deren Einflüsse auf die empirischen Ergebnisse stets reflektiert werden sollten.

Die postalische Befragung wird deshalb verwendet, weil mit vergleichsweise wenig (finanziellem) Aufwand eine grössere Zahl von Interviews durchgeführt werden kann. Pro schriftliches Interview liegen die Kosten vom Druck der Fragebogen bis zur Datenauswertung bei weniger als zehn Franken. Es fallen nebst den Druckkosten einzig die Kosten für den Versand, für eine allfällige Mahnung und für die Rücksendung (vorfrankierte Rückantwort) an.

Zwei gewichtige Nachteile der postalischen Befragung müssen angeführt werden:

1. Die Interviewsituation ist nicht kontrollierbar. Es ist nicht einmal kontrollierbar, ob die befragte Person den Fragebogen selbst ausfüllt und ob sie ihn alleine und ohne fremde Hilfe (andere Person, Lexikon, Literatur zum abgefragten Thema usw.) ausfüllt.
2. Wie die Erfahrung zeigt, muss bei postalischen Befragungen oftmals mit einem Rücklauf von nur 20 bis 40% gerechnet werden. Durch den geringen Rücklauf werden zuverlässige Aussagen über die Gesamtpopulation problematisch. Es gibt durchaus Studien, die höhere Rückläufe ausweisen. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn hoch motivierte Personengruppen angeschrieben werden, was im forstlichen Feld möglicherweise überdurchschnittlich oft der Fall ist. Im Übrigen sind verschiedene Massnahmen bekannt, mit denen eine gewisse Steigerung des Rücklaufs erreicht werden kann. DIEKMANN (1995, 441) führt einzelne Vorgehensweisen mitsamt der Einschätzung der jeweiligen Verbesserungspotentiale für den Rücklauf an (vgl. WILD-ECK, 1999, 16).

Aus *Tabelle 1* ist ersichtlich, dass auch innerhalb der Cost-Befragung der angesprochene Rücklauf mit 29% begrenzt war. Bei den Gemeindeverantwortlichen als besonders interessierte oder direkt angesprochene Gruppe liegt der Anteil mit 60% wie zu erwarten deutlich höher. Dass gerade auch bei postalischen Befragungen mit relativ kleinem Rücklauf (Ausschöpfung) eine Kontrolle der erhaltenen Stichprobe aufschlussreich für deren Entsprechung zur anvisierten Grundgesamtheit ist, lässt sich aus *Tabelle 4* erkennen. Aus dieser Über-

WILB-ECK, S.; ZIMMERMANN, W.: Cost- und Monitoring-Projekt: Zwei neue forstliche Meinungsumfragen im Vergleich

Tabelle 4: Cost-Befragung: Beschreibung der Bevölkerungsstichprobe (Schmithüsen et al., 1998, 14).

Demographische Subgruppe	Stichprobe absolut	Stichprobe relativ (%)	Populationsparameter relativ (%)	Abweichung (%)
Geschlecht				
Frauen	261	42,8	51,2	- 8,4
Männer	349	57,2	48,8	+ 8,4
Alter				
bis 20	27	4,5	4,2	+ 0,3
20 bis 30	125	20,6	20,1	+ 0,5
30 bis 40	139	22,9	19,2	+ 3,7
40 bis 50	122	20,1	18,1	+ 2,0
50 bis 60	73	12,0	14,4	- 2,2
über 60	120	19,8	24,0	- 5,2
Bildung				
Primarschule	82	13,7	26,0	- 12,3
Real-/Sekundarschule	47	7,8	10,8	- 3,0
Berufs-/Gewerbeschule	270	45,0	36,4	+ 8,6
Gymnasium/Technikum	153	25,5	19,5	+ 6,0
Hochschule	48	8,0	6,9	- 1,1
Waldbesitz				
Waldbesitzende	125	20,6		
Nicht-Waldbesitzende	483	79,4		

sicht geht beispielsweise hervor, dass in der Cost-Stichprobe Männer und Bessergebildete übervertreten sind. Die generell beobachtbare Tatsache, dass Bessergebildete sich eher an schriftlichen Befragungen beteiligen, mag aufgrund der besseren Kompetenz zur schriftlichen Kommunikation wenig erstaunlich sein. Hingegen handelt es sich bei der Übervertretung von Männern nicht um ein generalisierbares Phänomen, sondern um eines, das inhaltsabhängig ist. Je nach Thema werden sich eher Frauen bzw. eher Männer an einer postalischen Befragung beteiligen.

Welche Möglichkeiten bestehen nun mit einer Stichprobe, die «nur» aus 30% der anvisierten Personen besteht, gleichzeitig sich jedoch in der Verteilung der soziodemographischen Merkmale gut mit den entsprechenden Merkmalen der Grundgesamtheit deckt? Es gibt sehr viele Möglichkeiten, wenn eingehend theoretisch reflektiert wird, welche Faktoren der Stichprobenverzerrung in den Daten verborgen sein können. Im konkreten Fall der Cost-Umfrage stellt sich diesbezüglich vor allem die Frage, ob am Wald besonders interessierte Personen übervertreten sind und welche Einflüsse eine solche Tatsache auf die Befunde hätte. Zusätzlich macht es wenig Sinn, sich auf die genauen Prozentzahlen der Ergebnisse zu berufen oder gar irgendwelche Messfehler berechnen zu wollen. Vielmehr sollten die Daten so verwendet werden, dass einzig die Grundaussagen, die Grundbilder interpretiert werden. In den Tabellen 5 und 6 ist an zwei Beispielen aufgezeigt, was dies konkret heisst. Gleichzeitig wird die Evidenz mitgeliefert, dass dieses Vorgehen durchaus empirisch gestützt zulässig ist.

Tabelle 5: Beurteilung der aktuellen Waldfläche (der Region bzw. der Schweiz).

	Cost	Monitoring
zu wenig Wald	5,4%	20,8%
gerade genug Wald	89,5%	77,0%
zu viel Wald	5,1%	1,9%
N	613	489

In der Cost-Befragung zeigen die Ergebnisse, dass die Bergbevölkerung mehrheitlich mit der Waldfläche zufrieden ist. Werden aus der Monitoring-Stichprobe (Tabelle 5) die aus der Schweizer Bergregion stammenden Personen herausgegriffen und die Antworten auf eine vergleichbare Frage mit den Cost-Ergebnissen verglichen, so zeigt sich, dass das zuvor geschilderte generelle Bild durchaus korrekt

ist. Zwar ist festzustellen, dass ein grösserer Teil der Befragten in der Monitoring-Befragung meint, es hätte zu wenig Wald (21% gegenüber 5%), doch das Gesamtbild bleibt unverändert.

Dasselbe lässt sich bezüglich der Waldbesuchshäufigkeit aussagen (Tabelle 6). Hier decken sich die Zahlen der Cost- und der Monitoring-Umfrage noch stärker. Und die festzustellende Tatsache, dass in der Cost-Umfrage seltene Waldgängerinnen und -gänger untervertreten sind, passt in die zuvor angestellte theoretisch fundierte Überlegung, dass in der postalischen Befragung an der Thematik Wald Interessierte wohl übervertreten sind.

Tabelle 6: Häufigkeit des Waldbesuches durch die Antwortenden.

	Cost	Monitoring*
täglich/fast täglich	17,0%	15,2%
ein-/zweimal pro Woche	43,2%	37,9%
ein-/zweimal pro Monat	35,7%	29,7%
seltener/gar nie	4,1%	17,3%
N	613	489

* Durchschnitt aus Sommer und Winter

2.5 Fazit

Bei den beiden eben erwähnten Beispielen scheinen sich die unterschiedlichen Datenerhebungsmethoden nur sehr beschränkt auf die Ergebnisse ausgewirkt zu haben. Dies ist einerseits beruhigend und liefert klare Evidenz dafür, dass beide Verfahren je nach finanziellen Möglichkeiten ihre Berechtigung besitzen. Bei postalischen Befragungen mit entsprechend tieferer Ausschöpfungsquote der Stichprobe muss darauf geachtet werden, dass die Befunde entsprechend ihres Gesamtbildes zu interpretieren sind und dass man sich nicht durch vorgetäuschte Genauigkeit blenden lässt. Bei repräsentativ angelegten und sich durch geringe Verweigerungsraten auszeichnenden Telefonbefragungen wird der höhere finanzielle Aufwand dadurch aufgewogen, dass genaue Ergebnisse mit klaren Fehlerberechnungen möglich sind. Je nach Forschungsziel muss zwischen der «billigen» und der «teuren» Variante entschieden werden.

Allen Umfragen gemeinsam ist die Feststellung, dass das entscheidende Qualitätselement die inhaltliche Basis bleibt, unabhängig davon, welches Erhebungsverfahren gewählt wird.

3. Institutioneller Rahmen und Auswahl erster Ergebnisse

3.1 Institutioneller Rahmen

Nachdem Stephan Wild-Eck in seinem Beitrag die methodischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgezeigt hat, soll im Folgenden der Schwerpunkt auf einen inhaltlichen Vergleich der beiden Meinungsumfragen gelegt werden. Zum besseren Verständnis sowohl der Methodik wie auch der Inhalte der beiden Umfragen wird zunächst die institutionelle Einbettung der beiden Projekte skizziert. Die prägenden formalen Merkmale der beiden Projekte gehen aus der folgenden Gegenüberstellung hervor (Tabelle 7).

Tabelle 7: Institutioneller Rahmen von Cost E3 und Monitoring.

	Cost	Monitoring
Auftraggeber	BBW	Buwal/Eidg. Forstdirektion
Auftragnehmer	Professur Forstpolitik und Forstökonomie	Institut für Soziologie Universität Bern Professur Forstpolitik und Forstökonomie ETH Zürich
Kontext	Cost-Aktion E3	Umwelt-Survey 1994
Projektdauer	Mai 1994–August 1998	Juni 1996–März 1999

Wie aus dieser Übersicht hervorgeht, handelt es sich bei beiden Projekten um Auftragsforschung von Bundesämtern. Beim Cost-Projekt war formell das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) Auftraggeber (zur Cost Action E3 vgl. KOCH/RASMUSSEN, 1998). Inhaltlich wurde es vor allem in der Vorbereitungsphase unterstützt und beraten durch die Eidg. Forstdirektion. Diese Aufgabenteilung resultierte aus der Einbettung des Projektes in die Cost-Aktion E3, für dessen interne Abwicklung in der Schweiz das BBW zuständig ist. Trotz dieser Beratungsfunktion kann festgehalten werden, dass sich die Eidg. Forstdirektion sowohl bei der Auswahl der Themen als auch bei der Formulierung der einzelnen Fragen im Cost-Projekt grosse Zurückhaltung auferlegt hat. Im Gegensatz dazu trat beim Monitoring-Projekt die Eidg. Forstdirektion als alleinige Auftraggeberin auf. Formell erscheint das Buwal als übergeordnete Amtsstelle im entsprechenden Vertrag; als Vertragspartnerin trat jeweils nur die Forstdirektion in Erscheinung. Diese klare Vertragsstellung hat dazu geführt, dass die Auftraggeberin bei der Auswahl der Befragungsthemen und bei der Formulierung der einzelnen Fragen bedeutend stärker mitgewirkt hat als beim Cost-Projekt. Diese intensive Mitwirkung erklärt zum Teil die Ausführlichkeit und den Umfang des Fragebogens (total rund 100 Fragen gegenüber rund 40 im Cost-Projekt): aus Gründen der Ausgewogenheit mussten Fragen aus sämtlichen Sektionen und Bereichen der Eidg. Forstdirektion in den Fragebogen aufgenommen werden. Daneben führte auch der Kontext zu einer Ausweitung des Fragebogens. Das Monitoring stützte sich inhaltlich einerseits auf das Cost-Projekt, welches zeitlich früher in Angriff genommen wurde, andererseits auf den vom Institut für Soziologie zu Beginn der neunziger Jahre durchgeführten Umwelt-Survey (vgl. dazu DIEKMANN/FRANZEN, 1995). Die Abstützung auf den Umwelt-Survey hatte eine Ergänzung der vorwiegend forstlichen durch allgemein umweltschützerische Fragen zur Folge.

Auftragnehmer war beim Cost-Projekt die Professur Forstpolitik und Forstökonomie der ETH Zürich, beim Monitoring-Projekt diese zusammen mit dem Institut für Soziologie der Universität Bern. Das Cost-Projekt wurde vollumfänglich von

der Professur Forstpolitik und Forstökonomie konzipiert, vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Beim Monitoring-Projekt, das auf einem gemeinsamen Vorprojekt der beiden Forschungsinstitutionen aufbaute, war von Anfang an eine differenzierte Aufgabenteilung vorgesehen. Das Institut für Soziologie war vor allem für methodische Fragen, für die Durchführung der Telefoninterviews, für die Verknüpfung mit dem Umwelt-Survey sowie für die Auswertung von Einzelfragen verantwortlich. Der Professur Forstpolitik war in erster Linie die inhaltliche Ausgestaltung der forst- und naturrelevanten Fragen, die deskriptive Analyse der Antworten sowie die forstpolitische Interpretation ausgewählter Fragen übertragen. Sie beteiligte sich zudem an der Überwachung der Durchführung der Interviews im Telefonlabor des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern. Sowohl die Projektleitung als auch die -ausführung waren in etwa zu gleichen Teilen auf die beiden Auftragnehmer verteilt. Zu beiden Projekten liegen interne Schlussberichte vor (SCHMITHÜSEN/WILD/ZIMMERMANN, 1998, und Buwal, 1999), die den beiden Auftraggebern abgeliefert wurden (Cost-Projekt) bzw. werden (Monitoring-Projekt). Beide Berichte sollen in geeigneter Form publiziert werden. Die Daten sowie die jeweiligen Code-Bücher beider Untersuchungen sind dem Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (SIDOS) in Neuenburg zur Verfügung gestellt worden. Das Datenmaterial zu beiden Untersuchungen ist somit – z.B. für regionsspezifische Auswertungen – allgemein zugänglich und leicht abrufbar.

3.2 Allgemeine Erkenntnisse aus beiden Umfragen

Obwohl die beiden Untersuchungen sowohl methodisch als auch inhaltlich erhebliche Unterschiede aufweisen, können die Ergebnisse durchaus miteinander verglichen werden. Dies gilt vor allem für jene (forstpolitischen) Bereiche, die in beiden Untersuchungen erfragt wurden. Auf den relativ geringen Einfluss des unterschiedlichen Methodenansatzes auf die Ergebnisse hat Stephan Wild-Eck in seinem Beitrag bereits hingewiesen. Da die Monitoring-Umfrage inhaltlich teilweise auf der Cost-Umfrage aufbaute, war ein Vergleich bei einzelnen Themen und Fragestellungen sogar von Anfang an beabsichtigt und von der Auftraggeberin erwünscht. Wie die nachfolgende Übersicht über die einzelnen Inhaltsbereiche und deren Gewichtung zeigt, sind neben der Sozialstatistik zu sechs Bereichen sowohl im Cost- als auch im Monitoring-Projekt Fragen gestellt worden. Unterschiede zwischen den beiden Projekten gibt es insbesondere in Bezug auf Formulierung, Häufigkeit und Gewichtung (Tabelle 8).

Tabelle 8: Inhaltsbereiche der Cost- und Monitoring-Befragung.

Inhaltsbereich	Cost	Monitoring
Allgemeines Denken und Wissen über den Wald	3 Fragen	6 Fragen
Zustand des Waldes	7 Fragen	7 Fragen
Zukunft des Waldes	2 Fragen	–
Individuelle Waldbewirtschaftung	2 Fragen	20 Fragen
Holz und Waldbewirtschaftung	6 Fragen	13 Fragen
Forstpolitische Akteure	5 Fragen	–
Subventionen	7 Fragen	4 Fragen
Naturschutz im Wald	1 Frage	3 Fragen
Jagd und Wildtiere	–	7 Fragen
Waldbewirtschaftung und Wahrnehmung von Naturgefahren	–	7 Fragen
Umweltbewusstsein/-betroffenheit	–	4 Fragen
Sozialstatistik	7 Fragen	23 Fragen
Total Fragen	40	100

Obwohl die Zuordnung zu einzelnen Bereichen nach keinen strengen formalen Kriterien vorgenommen wurde und die genannten Unterschiede direkte Vergleiche der beiden Projekte nur bedingt zulassen, können aus beiden Studien bereits einzelne allgemeine Eindrücke und Erkenntnisse gewonnen werden. Dazu gehört zuerst einmal der relativ hohe Identifikationsgrad der Befragten mit dem Objekt Wald. Zu diesem Urteil führen die insgesamt hohen Rücklaufquoten (29%, 60% und 68%, siehe Kapitel 2), die in der Regel niedrige Zahl von Befragten, die eine Frage nicht oder mit «weiss nicht» beantwortet haben, oder die ebenfalls niedrige Zahl von Interviewten, die das im Durchschnitt mehr als 30 Minuten dauernde Telefongespräch bei der Monitoring-Befragung frühzeitig abgebrochen haben (insgesamt 13 Personen).

Der zweite Eindruck, der aus beiden Umfragen entsteht, ist die Dominanz der grundsätzlich positiven Aussagen zu Wald, Forstwirtschaft und Forstpolitik. Der Wald wird in beiden Studien vorwiegend mit positiv besetzten Begriffen wie Natur, Erholung, grüne Lunge und ähnlichen Begriffen und Phänomenen in Zusammenhang gebracht. Die Forstwirtschaft wird zwar nicht als wichtiger oder gar zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig gesehen, ihr Image in der breiten Bevölkerung ist aber grundsätzlich ein positives. Diese Einstufung beruht auf eindeutigen Aussagen, wonach die Mehrheit der Bevölkerung eine forstliche Nutzung des Schweizer Waldes befürwortet und die wichtigste Aufgabe der Forstwirtschaft in der Waldpflege bzw. im Aufräumen des Waldes sieht. Bei der Forstpolitik stossen die beiden wichtigsten Steuerungsinstrumente des Staates, das Walderhaltungsgebot und die finanzielle Förderung der Waldpflege, auf eine ausserordentlich hohe Akzeptanz.

Ein weiterer gemeinsamer Befund ist die grosse Sorge um den generellen Waldzustand und um den Gesundheitszustand des Waldes im Speziellen. Auffallend ist dabei die Einstufung der realen und potenziellen Gefahren für den Wald: in beiden Befragungen wird die Umweltverschmutzung als eine der wichtigsten Gefährdungen des Waldes angesehen. Konsequenterweise wird in beiden Studien gefordert, dass der Staat seine Umweltschutzpolitik verschärfen sollte. Daneben können die Ergebnisse auch dahingehend interpretiert werden, dass aus der Sicht der Befragten der Waldzustand – neben anderen Massnahmen – mit einer angemessenen Waldpflege verbessert werden kann. Die überwiegende Mehrheit ist sich darüber einig, dass sich der Staat diese Waldpflege etwas kosten lassen soll.

Ein klares und weitgehend übereinstimmendes Urteil hat die Bevölkerung auch hinsichtlich der Bedeutung der sogenannten Waldfunktionen. Sowohl im Berggebiet als auch in den eher städtischen Gebieten der Schweiz wird der Wald in erster Linie als Erholungs- und Naturraum benutzt und geschätzt. Übereinstimmend hoch ist die Anzahl regelmässiger Waldbesucher: gemäss beiden Umfragen statten mehr als zwei Drittel der Befragten mindestens ein- bis zweimal pro Monat dem Wald einen Besuch ab. Es erstaunt daher nicht, wenn der überwiegende Teil der Befragten bei der Frage nach spontanen Assoziationen zum Begriff Wald an erster Stelle die Erholung oder dieser zuzuordnende Begriffe wie frische Luft, Ruhe oder Ähnliches nennt. Einen beinahe gleichen Stellenwert wie die Erholung hat der Wald als Naturraum. Der Wald wird in beiden Studien in hohem Masse als Symbol oder Inbegriff von Natur oder entsprechenden Werten genannt.

Entsprechend den Bedürfnissen des Auftraggebers war die forstliche Subventionspolitik des Bundes in beiden Umfragen ein wichtiges Thema. Wie bereits dargelegt wurde, geniesst die gegenwärtige Förderpolitik des Bundes im Allgemeinen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Auffallend ist in beiden Umfragen die differenzierte Beurteilung verschie-

dener Förderungsmassnahmen. Am unproblematischsten sind dabei die sogenannten Waldpflegebeiträge, die beinahe auf einhellige Zustimmung stossen. Ebenfalls grosses Verständnis wird den staatlichen Beiträgen für Naturschutzmassnahmen im Wald und für Massnahmen zur Abwehr von Naturgefahren entgegengebracht. Demgegenüber muss die finanzielle Förderung von Infrastrukturanlagen wie Wege, Strassen, Erholungsanlagen usw. mit einer bedeutend geringeren Unterstützung durch die Bevölkerung auskommen.

So positiv die Waldpflege in verschiedenen Kontexten erscheint, so vielfältig, ja diffus ist die Vorstellung in der Bevölkerung darüber, was Waldpflege ist oder sein sollte. Die Palette von Ansichten reicht hier vom Aufräumen im Sinne von Ordnung schaffen über das Entfernen von toten Bäumen bis hin zur Stabilitätspflege oder sogar zur Förderung der Biodiversität im Wald. Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Begriff Waldpflege äusserst positiv besetzt ist und für die vielfältigsten Zwecke, Forderungen und Vorstellungen verwendet werden kann. Es gibt jedoch Grenzen, die mit dem Begriff Waldpflege kaum zu durchbrechen wären. Dazu gehört beispielsweise eine allzu intensive, kahlschlagähnliche Waldbewirtschaftung, die von der Bevölkerung kaum als Waldpflege verstanden wird. Demgegenüber sind zurückhaltende, pflegliche Eingriffe im Wald durchaus als Waldpflege vermittelbar und werden von der Bevölkerung in hohem Masse akzeptiert und zur staatlichen Förderung empfohlen.

3.3 Spezielle Erkenntnisse aus dem Cost- und dem Monitoring-Projekt

3.3.1 Spezielle Erkenntnisse aus dem Cost-Projekt

Je nach Vorkenntnissen, Einstellungen, Gewichtungen und Erwartungen können aus beiden Projekten unterschiedliche Ergebnisse für besonders interessant oder speziell gehalten werden. Die folgende Auswahl von besonderen, weil unerwarteten Erkenntnissen aus der Cost-Umfrage, ist daher als subjektiv zu werten. Das Antwortverhalten der ausgewählten Bergbevölkerung entspricht dabei nicht den bei der Ausarbeitung und Formulierung der Fragen indirekt formulierten Erwartungen.

Ein erstes nicht erwartetes Resultat ist die Wahrnehmung des Schutzwaldes durch die Bergbevölkerung. Nach der Bedeutung der Schutzfunktion des (Berg-)Waldes ist an verschiedenen Stellen der Cost-Umfrage direkt und indirekt gefragt worden. Erstaunt hat dabei insbesondere die Feststellung, dass bei den spontanen Assoziationen zum Wald der Begriff «Schutz» nur von 24 Personen zuerst und insgesamt nur von 58 Personen überhaupt genannt wird. In der Rangliste der Erst- und Mehrfachnennungen erscheint der Schutz des Waldes erst an 7. bzw. 8. Stelle. Insgesamt kann deshalb festgehalten werden, dass bei der Bergbevölkerung beim Wort Wald nur ausnahmsweise die «Warnlampe Schutzwald» aufleuchtet. Das spontan wahrgenommene Bild des Waldes wird viel stärker geprägt durch die Phänomene Erholung und Natur. Eine Korrektur erfährt dieses Bild durch Fragen, bei denen die Schutzfunktion des Waldes explizit angesprochen wird. So wird beispielsweise bei der Frage nach der persönlichen Wertschätzung des Waldes die Schutzfunktion etwa für gleich wichtig eingestuft wie die Landschaftsgliederungs-, Erholungs- und Naturschutzfunktion. Dasselbe gilt hinsichtlich der Gewichtung der regionalen Bedeutung des Waldes: die vier genannten Funktionen werden jeweils von mehr als 90% der Befragten als «wichtig» oder «sehr wichtig» beurteilt. Bei der Frage nach der persönlichen Bedeutung des Waldes wird hier eine klare Zäsur zu den übrigen Waldfunktionen vorgenommen.

Ein Schwerpunkt der Cost-Umfrage lag auf der Beurteilung forstpolitischer Sachverhalte und Massnahmen. Neben Fragen zur eidgenössischen Forstpolitik enthielt der Fragebogen auch Fragen zur kommunalen Forstpolitik. Durch die gleichzeitige Befragung der Bevölkerung und der für den Wald verantwortlichen Gemeinderatsmitglieder beabsichtigten wir nicht nur, Meinungen über den Wald, sondern auch Wissen zur kommunalen Forstpolitik, insbesondere zum kommunalen forstlichen Budget, einzufangen. Die Antworten sind in verschiedener Hinsicht erstaunlich. Ein erstes signifikantes Ergebnis ist dabei der sehr hohe Anteil der Antwortverweigerungen: obwohl es sich um eine Schätzfrage handelt, lassen über 45% der Antwortenden die Frage, wieviel die Wohngemeinde jährlich ungefähr für den Wald ausbebe, unbeantwortet. Erstaunlich ist, dass rund ein Siebtel der für den Wald zuständigen Behördenmitglieder ebenfalls keine Angaben über die Höhe der jährlichen Gemeindeausgaben für den Wald machen kann oder will. Die Frage hat bei der antwortenden Bevölkerung die weitaus grösste Verweigerungsquote provoziert. Aus diesem Ergebnis kann geschlossen werden, dass die finanzielle Lage der kommunalen oder regionalen Forstbetriebe auf Gemeindeebene noch kein politisch aktuelles Thema zu sein scheint. Ebenso wenig scheint die finanzielle Beteiligung der Gemeinde an den Aufwendungen für den Wald ein besonders umstrittenes Thema zu sein. Aus den Schätzungen und Angaben vor allem der Gemeindeverantwortlichen kann der Schluss gezogen werden, dass diese finanziellen Aufwendungen der Gemeinden zum Teil beträchtlich sind: gemäss Aussagen der Gemeindebehörden erreichen diese Ausgaben einen Umfang von bis zu 3,5 Mio. Franken pro Jahr. Von der Bevölkerung wird dieser Maximalbetrag sogar auf 12 Mio. Franken geschätzt. Am anderen Ende der Skala erscheint der Betrag von 0 Franken pro Jahr. Soweit sich die finanziellen Aufwendungen der Gemeinde für den Wald in diesem niedrigen Bereich bewegen, ist der geringe Beachtungsgrad verständlich und nachvollziehbar. Einer vertieften Analyse wert wären hingegen dort Prozesse und Mechanismen, wo auf Gemeindeebene das forstliche Budget einen erheblichen Anteil des Gemeindebudgets ausmacht.

Der konsequente Vergleich zwischen Bevölkerung und Behörden hat weitere interessante Ergebnisse zu Tage gefördert. Obwohl im Allgemeinen ein recht hoher Grad an Übereinstimmung festgestellt werden kann, ergeben sich bei einzelnen Fragen und Einstellungen doch erhebliche und politisch relevante Unterschiede. Die Trennlinie ist zum einen im Bereich Ökonomie-Ökologie/kulturelle Werte, zum anderen auf einer eher institutionellen Ebene anzusiedeln. Im Verhältnis Ökonomie-Ökologie/Kultur entsteht aufgrund der Cost-Umfrage der Eindruck, dass tendenziell die Bergbevölkerung die ökologischen und kulturellen Werte des Waldes stärker gewichtet als die Gemeindevertreter, welche die wirtschaftlichen oder Nutzungskomponenten des Waldes bewusster wahrnehmen und unterstützen. Diese unterschiedliche Gewichtung kommt beispielsweise bei der generellen Wahrnehmung des Waldes zum Ausdruck: im spontanen Denken der Gemeindeverantwortlichen ist eine deutliche Instrumentalisierung des Waldes feststellbar. Schutz, Erholung und Nutzung sind diejenigen Phänomene, die eine Grosszahl der Gemeindeverantwortlichen mit dem Wald assoziiert. In der Bevölkerung hingegen dominieren ökologisch-kulturelle Muster (Natur, Freiheit usw.) und Wahrnehmungen (Bäume, Blätter usw.). Eine ähnliche Differenzierung zeigt sich bei der konkreten Frage nach der Art und Intensität der Waldnutzung: die Gemeindebehörden treten deutlich ausgeprägter für eine intensivere Waldnutzung ein und stehen Infrastrukturvorhaben im Wald wohlwollender gegenüber als die Bevölkerung, die sich diesbezüglich sehr skeptisch äussert. Ein drittes Bei-

spiel für die unterschiedliche Wahrnehmung und Einschätzung des Waldes betrifft die Waldarealerhaltung. Obwohl sich in beiden Stichproben eine deutliche Mehrheit dahingehend äussert, dass die regionale Waldfläche in Ordnung sei, beurteilt beinahe die Hälfte der Gemeindeverantwortlichen die aktuelle Rodungspraxis als zu streng und würde eine Lockerung befürworten. Dagegen erachtet nur jede sechste Person aus der Bevölkerungsstichprobe eine Erleichterung von Rodungsverfahren als wünschenswert.

Auf der institutionellen Ebene sticht schliesslich die unterschiedliche Einstufung der Bedeutung einer für die Forstpolitik besonders wichtigen Akteurgruppe hervor: die Natur- und Umweltschutzorganisationen bzw. deren waldbezogene Aktivitäten werden von der Bevölkerung signifikant höher eingestuft als von den antwortenden lokalen Exekutivmitgliedern. Damit wird die These bestätigt, dass die Bevölkerung tendenziell «grüner» eingestellt ist als ihre politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten.

3.3.2 Spezielle Erkenntnisse aus dem Monitoring-Projekt

Beim Monitoring-Projekt fehlen die Vergleichsmöglichkeiten zwischen Bevölkerung und Behördenmitgliedern. Dafür können direkte Vergleiche mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen, namentlich zwischen der Berg- und Tal- bzw. der ländlichen und städtischen Bevölkerung angestellt werden. Das vorliegende Datenmaterial ist für diese Zwecke noch nicht ausgewertet worden, zur Zeit liegen erst Aussagen über die gesamtschweizerischen Verhältnisse vor.

Ein erster herausragender Befund aus der Monitoring-Umfrage ist die Häufigkeit der Waldbesuche. Gemäss Angaben der Befragten besuchen im Sommer fast 90%, im Winter mehr als 70% der Schweizer Bevölkerung regelmässig, das heisst mindestens ein- bis zweimal pro Monat, den Wald. Im Sommer besuchen über 50% der Befragten sogar mindestens ein- bis zweimal pro Woche vorwiegend zu Erholungszwecken den Wald. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung ergibt dies rund 370 Millionen Waldbesuche pro Jahr.

Ein zweites auffallendes Merkmal ist die friedliche Koexistenz der verschiedenen Waldnutzer. Die Zusammensetzung der Waldnutzenden hat sich aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen in letzter Zeit erheblich verändert. Eine massive Änderung ist vor allem bei den Sporttreibenden eingetreten, wird doch der Wald heute von einer nennenswerten Zahl von Menschen auch für die Ausübung verschiedener sportlicher Aktivitäten aufgesucht. Die Monitoring-Umfrage hat nun ergeben, dass sich die verschiedenen Erholungssuchenden im Wald kaum in die Quere kommen: nur gerade 18% der Waldbesucher fühlen sich ganz (6%) oder teilweise (12%) gestört, und zwar mehrheitlich von einer neuen Sportart, dem Mountain-Biking. Insgesamt kann jedoch von einer friedlichen und toleranten «Cohabitation» der verschiedenen Waldnutzer gesprochen werden.

Die Häufigkeit der Waldbesuche hat offenbar wenig bis gar nichts zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des Begriffes «Nachhaltigkeit» beigetragen. Auf die Frage, ob sie den Begriff «Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung» schon gehört hätten, antworteten fünf von sechs Befragten mit «noch nicht gehört». Dieses Antwortverhalten lässt einen grossen Interpretationsspielraum zu. Obwohl daraus nicht geschlossen werden kann, dass der Begriff «Nachhaltigkeit» weiten Kreisen der Bevölkerung noch nicht geläufig ist, kann eine automatische Verknüpfung von Holz oder Forstwirtschaft mit Nachhaltigkeit beinahe ausgeschlossen werden. Insgesamt scheint eine enorme Diskrepanz zu bestehen zwischen der Bedeutung, die Forstleute dem Nachhaltigkeitsprinzip zumessen, und dem entsprechenden Kenntnisstand in der Bevölke-

rung. Das Gebot der nachhaltigen Holznutzung kann als ein wichtiger Pfeiler der über hundertjährigen eidgenössischen Forstpolitik und als besonderes Kennzeichen der schweizerischen Forstwirtschaft betrachtet werden. Trotz dieser langen Tradition und den entsprechenden Beteuerungen der Forstleute ist nur eine knappe Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass in der Schweiz nur soviel Holz geschlagen wird wie auch nachwächst. Die beträchtliche Zahl von 40% ist der Meinung, dass dies nicht zutrifft.

Auf wenig Gegenliebe stösst die Idee, dass Erholungssuchende etwas für ihre Waldbeanspruchung bezahlen sollen. Rund 80% der Bevölkerung lehnen gemäss Monitoring-Umfrage eine finanzielle Beteiligung der Waldbesucher an den Kosten für die Waldnutzung ab, nur 13% befürworten sie vorbehaltlos. Die individuelle Zahlungsbereitschaft muss somit als gering eingestuft werden. Aufgrund dieser Einschätzung muss für eine erfolgreiche Umsetzung der im Projekt Vafor (vgl. BUWAL, 1997) vorgeschlagenen Ideen und Massnahmen noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Zum Schluss dieser Auswahl besonderer Erkenntnisse aus dem Monitoring-Projekt soll ein Ergebnis zu einer Frage präsentiert werden, die zumindest zur Zeit der Gestaltung des Fragebogens einen eher marginalen Stellenwert hatte. Aufgrund der Monitoring-Umfrage kann nämlich die Aussage gemacht werden, dass eine knappe Mehrheit der gesamtschweizerischen Bevölkerung für die Duldung von eingewanderten Wölfen und Bären ist. Für die Duldung des Luchses sprechen sich sogar rund 75% der Befragten aus. Neben dieser klaren Unterscheidung zwischen Luchs und Bär/Wolf ist das leicht differenzierte Urteil über die beiden «neuen» Raubtiere Wolf und Bär von Interesse: der Wolf stösst auf eine leicht höhere Akzeptanz (57% der Befragten) als der Bär (52%). Obwohl noch keine regionspezifische Auswertung der Daten vorliegt, kann aufgrund eines groben Vergleiches mit der Cost-Projekt-Region bereits gesagt werden, dass bezüglich der Raubtierakzeptanz keine signifikanten Unterschiede zwischen dem Berggebiet und den übrigen Regionen der Schweiz festgestellt werden können.

4. Ausblick

Wie in Kapitel 1 bereits erwähnt wurde, liegt der Schlussbericht zur Cost-Umfrage mit der Auswertung sämtlicher Fragen und einer ersten Interpretation bereits vor, während der Schlussbericht zum Monitoring-Projekt kurz vor dem Abschluss steht und im Frühjahr 1999 dem Buwal bzw. der Eidgenössischen Forstdirektion abgeliefert werden soll. Obwohl die Details noch mit den Auftraggebern besprochen werden müssen, ist vorgesehen, beide Berichte mit dem umfassenden Datenmaterial zu veröffentlichen. Aufgrund des teilweise unterschiedlichen Inhaltes der beiden Berichte ist der Monitoring-Bericht eher an ein breites Publikum gerichtet, während der Cost-Bericht vorwiegend für eine forstlich ausgerichtete Leserschaft bestimmt ist. Aufgrund dieser Überlegung wäre es naheliegend, den Monitoring-Bericht in einer Buwal-Publikation (z.B. in den Umwelt-Materialien), den Cost-Bericht in einer forstlichen Schriftenreihe (z.B. Beihefte zur Schweiz. Z. Forstwes.) zu publizieren.

Die beiden Schlussberichte enthalten eine grosse Fülle an Daten und Beschreibungen. Sie sind zwar informativ, aber nicht besonders leserfreundlich gestaltet. Um diesen Nachteil zu beheben, sind weitere Verwertungsschritte vorgesehen. Geplant sind das Umarbeiten der datenreichen Forschungsberichte zu Publikationen mit thematischen Schwerpunkten oder das Vertiefen einzelner Fragestellungen im Rahmen von Zeitschriftenartikeln oder Beiträgen in entsprechenden Sammelbänden. Zu hoffen ist, dass das umfangreiche Datenmate-

rial auch von den Studierenden entdeckt und im Rahmen von Semester- und Diplomarbeiten vertieft oder ausgeweitet wird. Für diesen Zweck würden sich sowohl themen- als auch regionspezifische Auswertungen anbieten, wobei der Begriff Region flexibel gehandhabt werden kann. Im Vordergrund steht dabei sicher die Einheit Kanton, für die vor allem das Monitoring-Projekt genügend Daten zur Verfügung stellt. Aufgrund dieser Einschätzung der Datenlage sind an der Professur Forstpolitik und Forstökonomie zur Zeit keine neuen Meinungsumfragen geplant. Das Auswerten der vorhandenen Daten hat Vorrang vor der Inangriffnahme neuer Befragungen. Diese Grundeinstellung hat die Professur bewogen, auf eine volle Teilnahme an einem europäischen Forschungsprojekt über die Einstellung der ländlichen Bevölkerung zu Wald und Landschaft zu verzichten. Sie kann jedoch die mit den beiden Projekten Cost und Monitoring gesammelten Erfahrungen in das von neun Ländern bearbeitete EU-Projekt als Consultant einfließen lassen und die weitere Auswertung der beiden Schweizer Projekte mit dem EU-Projekt koordinieren.

Zusammenfassung

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat die Professur Forstpolitik und Forstökonomie der ETH Zürich im Auftrag des Bundes zwei grössere Meinungsumfragen über die Einstellung der Bevölkerung zu Wald, Forstwirtschaft und Forstpolitik durchgeführt. Die beiden Studien unterscheiden sich bezüglich Methoden, infrastruktureller Leistungen und institutioneller Rahmen grundlegend. Ein wesentlicher Unterschied besteht unter anderem darin, dass sich die erste Studie nur auf das Berggebiet bezieht, während die zweite die Bevölkerung der gesamten Schweiz abdeckt. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Erkenntnisse der beiden Studien ausgefallen: aus beiden Umfragen können jeweils spezifische Erkenntnisse gewonnen werden. Soweit in beiden Umfragen gleiche oder ähnliche Fragen gestellt wurden, lassen sich aus den Antworten sowohl unterschiedliche als auch gemeinsame Einstellungen der Bevölkerung ableiten. Beim gemeinsamen Antwortverhalten fallen insbesondere die generell positiven Aussagen zum Wald, die grosse Wertschätzung der Erholungsfunktion des Waldes und die positive Einschätzung der Waldpflege auf. Zu beiden Studien liegen demnächst ausführliche Schlussberichte vor.

Résumé

Projet Cost et projet de monitoring: Deux nouveaux sondages d'opinion à propos de la forêt mis en comparaison

Au cours de la deuxième moitié des années 90, la Chaire de Politique et d'Economie Forestière de l'EPF Zurich a réalisé deux vastes sondages d'opinion afin de connaître le point de vue de la population à propos de la forêt, de l'économie forestière et de la politique forestière. Mandatées par la Confédération, ces deux études se distinguent fondamentalement en ce qui concerne les méthodes appliquées, les infrastructures considérées et le cadre institutionnel. Par exemple, la première étude ne porte que sur les régions de montagne tandis que la deuxième couvre la population de l'ensemble de la Suisse. Ces deux études se différencient également dans leurs résultats: chacun de ces sondages fournit des renseignements spécifiques. Dans la mesure où les questions posées sont semblables ou identiques dans les deux sondages, les réponses reflètent aussi bien des points de vue différents que des attitudes communes de la part de la population. Ces attitudes commu-

nes se remarquent en particulier dans les jugements généralement positifs émis à propos de la forêt, dans la haute valeur attribuée à la fonction sociale de la forêt et dans l'appréciation favorable des soins sylvicoles. Des rapports finaux circonstanciés seront prochainement publiés au sujet de ces deux études.

Traduction: MONIQUE DOUSSE

Summary

The Cost- and Monitoring-Projects: A Comparison of Two New Forestry Opinion Polls

Two large-scale surveys looking at attitudes towards forests, forestry and forest policy in the second half of the nineties have been carried out. This work was done on behalf of the Swiss Confederation by the Chair of Forest Policy and Forest Economics of the Federal Institute of Technology (ETH) in Zurich. Not only did the two studies use very different methods, but the results also varied greatly as far as infrastructure and basic conditions were concerned. One of the main differences between the two studies was the fact that the first dealt only with mountainous areas, whereas the second was carried out on the whole Swiss population. The results of the studies reflect these differences: each produced its own specific findings. Where the same (or similar) questions were asked, the answers highlight not only how the attitudes of those questioned differ, but also views that they hold in common. Both surveys showed positive attitudes towards forests in general, as well as a deep-seated appreciation of the forest as a recreational area, and a positive approach to tending. Detailed results of the two surveys will be available in the near future.

Translation: TAMARA BRÜGGER

Literaturverzeichnis

- BUWAL (Hrsg.), 1997: Bewertung und Honorierung von Waldleistungen (Vafor). Orientierungshilfe. Umwelt-Materialien Nr. 64 Wald, Bern, 52 S.
- BUWAL (Hrsg.), 1999: Gesellschaftliche Ansprüche an den Schweizer Wald – Meinungsumfrage. Schriftenreihe Umwelt Nr. 309. Bern. 151 S.
- DIEKMANN, A., 1995: Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Rowohlt, Reinbek, 640 S.
- DIEKMANN, A.; FRANZEN, A., 1995: Der Schweizer Umweltsurvey 1994. Codebuch. Neuchâtel (SIDOS), 244 S.
- FRANZEN, A.; WILD-ECK, S.; HUNGERBÜHLER, A., 1998: Codebuch zur Buwal-Befragung: Gesellschaftliche Ansprüche an den Schweizer Wald. SIDOS, Neuenburg.
- GUTSCHER, H.; HIRSCH, G.; WERNER, K., 1996: Vom Sinn der Methodenvielfalt in den Sozial- und Geisteswissenschaften. In: Kaufmann-Hayoz, R.; Di Giulio, A. (Eds.): Umweltproblem Mensch – Humanwissenschaftliche Zugänge zu umweltverantwortlichem Handeln. Haupt Verlag, Bern.
- KOCH, N.E.; RASMUSSEN, J.N. (Eds.), 1998: Forestry in the Context of Rural Development. Final Report of Cost Action E3. Danish Forest and Landscape Research Institute, Horsholm, 294 S.
- SCHMITHÜSEN, F.; WILD-ECK, S.; ZIMMERMANN, W., 2000: Wissen, Einstellungen sowie Zukunftsperspektiven der Bevölkerung im Berggebiet zum Wald, zur Forstwirtschaft und zur Forstpolitik. Ergebnisse einer Befragung in sechs schweizerischen Gebirgskantonen. Zürich: Professur Forstpolitik und Forstökonomie der ETH Zürich (in Vorbereitung).
- WILD-ECK, S., 1999: Methodische und methodologische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Befragungen im forstlichen Kontext - Planung einer empirischen Forschung. In: Krott, M.; Suda, M. (Hrsg.) (in Vorbereitung).
- WILD-ECK, S.; GASSER, G., 1998: La portée des enquêtes dans le domaine de la politique forestière. Schweiz. Z. Forstw., 149, 4: 245–262.

Verfasser:

STEPHAN WILD-ECK, lic. phil. (Soziologe), Vogelbuckstr. 20, 8307 Effretikon;

Prof. Dr. WILLI ZIMMERMANN, Departement Forstwissenschaften, Professur Forstpolitik und Forstökonomie, ETH-Zentrum, 8092 Zürich.